

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 22 (1942-1943)
Heft: 12

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 02.10.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Politische Rundschau

Kriegslage und Nachkriegslage.

Eines ist gewiß: es war die höchste Zeit, daß die russische Offensive im Südbahnabschnitt der Ostfront für diesen Winter gestoppt wurde — sonst wären bestimmt im lieben Schweizerland noch diese oder jene Leute ganz aus dem Häuschen geraten. Die Erfolge der diesjährigen Winteroffensive bleiben — nun, da die Front im ganzen auf dem Wege ist, in den Zustand der Stabilisierung überzugehen — auch so noch imponierend genug — mehr noch: entscheidungsvoll; sie haben die Führung der deutschen Armeen zu einer Verkürzung der Front genötigt, die, alles zusammengenommen, annähernd die Hälfte der gesamten Ostfront ausmacht, wie sie zu Ende Oktober sich nach der Karte darstellte. Was allein schon das gegenüber den vor der weiten Weltöffentlichkeit durch die deutsche Staatsführung verkündeten östlichen Kriegsziele für 1942 heißen will — Stalingrad, Sperrung der Wolga, Kubangetreide, Störung der russischen Ölzufuhr vom Kaspiischen Meer — und was hier im besonderen Stalingrad, die Stadt, die zum Begriff geworden ist, bedeutet —, das bedarf wirklich keiner weiteren Ausführungen. Der militär- und wirtschaftsgeographische Tatbestand wird ergänzt durch schwere Verluste an Menschen und Material. Die Zahl der Gefallenen nannte Adolf Hitler am 21. März 1943 mit 542.000; ein ergänzendes Bild hierzu mag die Zusammenstellung der von deutscher Seite in diesem Kriege genannten Verlustziffern vergleichsweise ergeben. Es wurden bekanntgegeben folgende Zahlen:

	Gefallene	Verwundete	Vermißte
Zu Ende August 1940	39 000	143 000	20 000
11. Dezember 1941	162 300	571 700	33 300
23. März 1943	542 000	—	—

Allein die Verluste sind nicht nur erschreckend groß an Menschen, bedeutend zweifellos an Material — im gesamten, und bezogen auf die kommende Entwicklung des Krieges mögen wohl noch schwerer wiegen die anderen Verluste: die Verluste an Glaube und Zuversicht. Nach außen aber, und zumal ausstrahlend in die fernsten Winkel der besetzten oder unterjochten Gebiete Europas, belastet die deutsche Kriegslage ein ernster Verlust an militärischem Prestige und damit an machtpolitischem Gewicht, der weit schwerer wiegt als alle geländemäßigen Verschiebungen in den stets weiten Räumen des Ostens:

„ohne die rückläufigen Bewegungen an der Ostfront wären die letzten Vorgänge in Hochavonien jedenfalls kaum denkbar“, schrieb am 18. März eine Zeitung klar und eindeutig — und mit Recht.

So beginnt sich der wahre Kern der Ereignisse herauszuschälen; und die deutsche Staatsführung war realpolitisch genug, notwendige Folgerungen zu ziehen. Diese zeichnen sich ab in dem denkbar drastischen Bilde der von der Reichsführung getroffenen einschneidenden Maßnahmen im gesamten inneren Bereiche — sie zeichnen sich ab vor allem aber auch in einer radikalen Schwenkung auf dem Felde der Propaganda. Doch nicht das Reich allein

war dabei im Spiele; das schwere Gewicht der Ereignisse ließ den italienischen Achsenpartner sich zum Worte melden. Es erfolgte der Besuch Ribbentrop's in Rom vom 25.—28. Februar, über dessen Umstände und Begleiterscheinungen zwar reichlich viel an Gerüchten herumgeboten wurde, derweilen in Tat und Wahrheit aber niemand nichts darüber weiß (eine eilig vorstoßende Propaganda wollte gar den deutschen Minister mit Monsignore Spellman in Kontakt vermutet haben, der zur selben Zeit im Vatikan weilte!). Wie es nun aber auch mit diesen Gerüchten bestellt sein mag: nicht zu übersehen blieb — und bleibt — der publizistische Vorstoß Gaydas vom 17. Februar — „Verhandlungen!“ —; im militärischen Bereiche jedenfalls scheint sich Italien insoweit durchgesetzt zu haben, als es angesichts der reißenden Entwicklung an der Ostfront das Gewicht der Südfront zu verstärkter Betonung zu bringen mußte, und dies durch den Abzug der italienischen Truppen aus dem Osten deutlich manifestierte — jener Truppen, deren Einbußen, gerade wegen der freimütigen Veröffentlichung des Tatbestandes, und damit gegebener Rückschlüsse auf die Verluste der anderen Verbündeten, besonderes Aufsehen hervorrufen mußte. Das Reich aber ist zur „Totalen Mobilmachung“ übergegangen; es hat auf diesem Wege — eine Zeitung betonte dies mit Recht — tatsächlich „das letzte Aufgebot“ freigelegt. „Letztes Aufgebot?“ Die schwerwiegende Maßnahme bedeutet für jeden, der die deutschen Verhältnisse einigermaßen zu kennen glaubt, in anderem Sinne mehr als eine letzte Mobilisierung: es ist damit zweifellos ein folgenschwerer Eingriff in das Gefüge der inneren Front vollzogen worden. Die zahllosen Geschäfte, die zahllosen Fabriken, die geschlossen wurden, bedeuten nicht nur eine Umschichtung tausender von Existenzen; sie bedeuten viel mehr: was oftmals nicht nur der Einzelne, was oftmals Generationen mit dem ganzen Einsatz ihres Fleißes aufgebaut hatten, das mußte aufgegeben werden, aufgegeben von einem Tag auf den andern, aufgegeben mit der vor der wirklichen Lage doch schwerwiegend unbestimmten Aussicht, eine Tätigkeit, die doch Vielen eigentlich das Leben bedeutete, irgend einmal wieder aufnehmen, besser: von vorne anfangen zu können. Was Wunder, daß sich in jüngster Zeit die Berichte häufen, die schwere psychologische Erschütterungen feststellen, — Berichte vor allem, die davon wissen wollen, daß der Kontakt zwischen Volk und Führung weitgehend abzureißen droht. Allein es ist sehr zweckmäßig, solche Berichte stets mit der nötigen sachlichen Distanz werten zu wollen, aus der dann ohne weiteres die Erwägung fließt, daß das Regime nach wie vor weitgehend gestützt wird nicht nur von seinen ureigensten Elementen, die bekannt sind, sondern fast ebenso von jener großen Masse einst in Arbeitslosigkeit oder sozialer Deklassierung Entrechteten, denen es regelmäßigen, wenn auch kleinen Erwerb zuführte und denen es jedenfalls das Bewußtsein maßgebender Bestimmung im Volkskörper verschafft hat. Das sind nicht allein die Tausende, die jeweils im Sportpalast Herrn Dr. Goebbels zujubeln, wenn er zur „Abrechnung“ mit dem Juden überzugehen pflegt — das sind Millionen im ganzen weiten Reiche, und sie sind es, die ganz ohne Frage auch diesen letzten Einsatz aus vollem Herzen bejahen. Allein jene Tausende der Andern erinnern sich gelegentlich dieser oder jener Perspektive oder Beurteilung der Lage, die ihnen die Staatsführung jeweils übergab, übergab als nicht zu diskutierende Feststellung, als durchaus einmalige Tatsache; nun aber ist es anders gekommen — und die vielen Tausende, die sich heute aus ihrer Existenz gerissen sehen, versetzt in eine ebenso ungewohnte wie

nicht zusagende Arbeit, mit unbestimmter Aussicht für alles weitere — das sind nun jene Stimmen, von denen berichtet wird — das sind nun jene Stimmen, die mannigfach fragen: war der Krieg wirklich notwendig, war er nicht doch zu vermeiden? Wenn dazu die britischen Bomben, oft Nacht für Nacht, Wohnhäuser und Fabriken zerreißen, dann erwachsen die Leiden dieses Volkes in ihrer ganzen schrecklichen Größe, und die Belastungen werden, oft erst in der Andeutung, sichtbar.

Mobil und wendig wie sie ist, hat denn die innere und die äußere Propaganda des Reiches die Folgerungen aus der neuen Lage gezogen. Stand die „totale Mobilmachung“ propagandistisch im Zeichen des ganzen Ernstes, den die Lage bedingte, im Zeichen kompromißlosen Widerstandes in der Defensive, so beginnt sich nun auf der inneren Linie, parallel mit der vorläufigen Stabilisierung der Ostfront, und einstweilen unbeschadet der Ereignisse in Nordafrika, wenn nicht das offensive, so doch das positive Element wieder deutlicher abzuzeichnen, und die Propaganda bedient sich hier mit Geschick der ohne Zweifel recht günstigen Plattform der U-Booterfolge; allein bedeutend wesentlicher als diese an sich gegebene Entwicklung auf der inneren propagandistischen Linie ergibt sich für den Beobachter die Führung der äußeren Propagandafront; hier hat sich, als Resultante der Ereignisse, eine Schwenkung abgezeichnet, die nicht übersehen werden kann. Zuvorderst wäre festzustellen, daß der Begriff „Neues Europa“ aus der deutschen Rundfunkpropaganda zur Zeit wenigstens völlig verschwunden ist; an seine Stelle tritt „der Kontinent“. Dem äußeren Zeichen entsprechen sehr substantielle Momente: Dr. Goebbels' jüngste Erklärungen vor der Auslandspresse, aus denen die Perspektiven der Zukunft für die kleinen und demokratischen Länder des Kontinents positiver erscheinen, als auch schon; der dieselbe Richtung befahrende Aufsatz des Stabsleiters Sündermann, ferner der Tenor der Antwort des Reichspressechefs Dr. Dietrich auf die Ausführungen des Vizepräsidenten Wallace — „Recht geht vor Macht“ gegenüber früher „Recht ist, was dem deutschen Volke nützt, Unrecht was ihm schadet“ — und endlich, freilich in einem speziellen, aber seines Charakters wegen besonders subtilen Bereiche: eine merkbare Änderung der Einstellung gegenüber der Zukunft der Polen in der deutschen Neuordnung des Kontinents, denen Reichsminister Dr. Frank, Reichskommissar im Generalgouvernement, „eine friedliche Zukunft des Wohlergehens“ versprach — eine Schwenkung, die sich — nach dem, was war! — kaum plastisch genug darstellen ließe.

Nun scheinen uns zwar alle diese merkbar gewandelten Äußerungen gar nicht etwa in erster Linie an die Adresse der Neutralen gerichtet — obwohl auch auf deren Haltung, aus mancherlei Gründen, gelegentlich wieder einiges Gewicht gelegt werden mag —, sondern vielmehr vornehmlich zu Gunsten der kleinen Verbündeten des Kontinents gesprochen und nicht zuletzt auch zu den besetzten Gebieten gesagt; denn hier wie dort beginnt sich mancherlei zu regen. Was unter ihnen im besonderen Finnland betrifft, über dessen künftige Orientierung im Zusammenhang mit den russischen Erfolgen nicht unbedeutende Kombinationen umgingen — wobei man freilich kaum zu erkennen vermochte, wieweit sie realen Wurzeln im betroffenen Lande selbst entsprangen oder einfach von kriegführender Propaganda zugebichtet waren —, so hat sich nun in diesem Lande, wieder parallel mit der letzten Entwicklung an der Ostfront, eine weitgehende Stabilisierung ergeben und zwar, mit gewissen Ausnahmen,

eine Stabilisierung auf die bisher eingehaltene Richtung; jedenfalls gehört der neue Ministerpräsident, der Konservative *Linkomies*, zu den Kreisen, die der Verbindung mit dem Reiche zugeneigt sind. Zwar hat er einige dem n o r d i j e n Gedanken befreundete Minister aufgenommen, allein bei dieser Änderung blieb es — bestände überhaupt, so darf man sich wohl fragen, eine andere Möglichkeit für das den schwersten Prüfungen unterworfenen finnische Volk? Denn es erscheint kaum zweifelhaft, daß sich dieses Volk am Ende wieder russischen Ansprüchen ausgesetzt sehen wird, deren Ausmaß diesmal umso beunruhigender erscheint, als es von berechnetem Dunkel umgeben ist, und so wie eine ständig wachsende Drohung über dem Lande liegt, — dem Lande, dem die Westmächte, notwendiger Kriegspolitik ergeben, eben jene Garantien nicht zu geben vermögen noch vermögen werden, die ihm für eine andere Entscheidung geradezu unerlässlich erscheinen müssen. Indessen mußten die Ereignisse an der Südspitze der Ostfront zumal unter den Verbündeten des Südostens besondere Reaktionen auslösen. Nach schweren Blutopfern sieht sich Rumänien einer Zukunft voller Unsicherheit gegenüber, deren einzig gewisses Element auch hier durch massive russische Ansprüche charakterisiert erscheint; und dies, nachdem das Land, so hört man, bis zu 22 Divisionen, beinahe 420 000 Mann, der Ostfront zur Verfügung gestellt hatte, die weitgehend verloren wurden. Hier ist es vornehmlich auch die neue Haltung der Türkei, die besondere Überlegungen befördert. Aus ähnlichen Erwägungen geht in Ungarn eine verständliche Unruhe um, nicht zuletzt wohl angesichts der Aktivität *Benesch's*, die, führte sie im Rate der Westmächte zum Erfolg, dem Donaufstaat eine düstere Zukunft verhieß, und es erscheinen hier die Perspektiven umso bedenklicher, als *Benesch* zudem ganz offenkundig die Unterstützung des Kreml genießt. Und so sucht sich denn, nicht von ungefähr, in diesem Donaufstaate ein unverkennbares Gefühl sympathischer Gemeinschaft zu Polen den Weg an die Oberfläche, gemeint wohl im Sinne einer Rückversicherung für die Zukunft; ungarische Kreise bezeugen jedenfalls — bereits heute! — den Bemühungen *Sikorzkis* warme Sympathie, und sie unterlassen nicht, auf die Gemeinschaft des katholischen Glaubens zu verweisen; ihre Äußerungen haben auch den Weg in konservative Organe unseres Landes gefunden — ein Beispiel übrigens für viele, wie die Bedeutung der neutralen Plattform allmählich wieder in das Blickfeld zu rücken scheint.

Angesichts solcher Entwicklungen ist die Schwentung der äußeren Propaganda des Reiches, nicht nur sekundiert, sondern weitgehend veranlaßt durch italienische Einwirkungen, ebenso verständlich wie deutlich vermerkbar — jener Propaganda, für die ein Meister elastischer Taktik verantwortlich zeichnet. Sie will wohl in allen kleinen Völkern Europas weitgehend Besorgnisse zerstreuen — Besorgnisse, die sich, freilich, bei vielen unter ihnen unter dem Eindruck allzuvieler gegenteiliger Äußerungen von vorher bereits mehr oder weniger tief eingefressen haben. Was Wunder, wenn so die neuen Töne nicht überall ohne Skepsis aufgenommen werden — Skepsis, die sich zudem ergibt aus der unschwer zu findenden Erkenntnis, daß hier schließlich die Macht einer grundsätzlichen Entwicklung als der wahren Meister eingegriffen hat. Die Macht derselben Entwicklung ist es, von der nun auch jene Perspektiven bestimmt werden, die uns heute schwerer an Gewicht, weil realer, erscheinen wollen.

Die Entwicklung der Kriegslage, wie sie sich unter den Schlägen der Kriegführung Rußlands gestaltet hat, mußte im Kreise der Alliierten mit zwangsläufiger Folgerichtigkeit zu einer Abklärung drängen, die insofern fällig war, als nunmehr bestimmte Tatbestände aus dem Zustand des Latenten herausgerissen wurden, in dem man sie, solange keine Gefahr im Verzuge bestand, gerne gelassen hatte und wahrscheinlich auch recht gerne noch weiter belassen hätte. Allein es war eben das eifrige Spiel um die „Nachkriegsplanung“, bei dem sich die Figuren auf der schönen glatten Plattform der „Atlantik-Charta“ nach Fantasie und Neigung tummeln konnten, wirklich nur ein Spiel gewesen — und gewiß hatten dabei manche gerade der eifrigsten Mitspieler gar nicht gemerkt, daß hier eine Partie ohne den wichtigsten Partner ausgetragen wurde. Dieses Spiel ist nun aus; und wir zweifeln, ob es je wieder aufgenommen werde. Interessant ist dabei, daß auch heute noch der Hauptpartner nicht daran denkt, sich zum Wort zu melden. Allein trotz dieses Umstandes, vielleicht aber eben gerade deswegen, scheint nun der Zeitpunkt gekommen, wo im Kreise der Anderen eine gewisse Abklärung nicht mehr zu umgehen ist. Freilich: den Stein ins Rollen gebracht hat erst der ziemlich unvorsichtige polnische Vorstoß auf Anerkennung seiner künftigen Grenzen — der Grenzen von 1939! Indem er jene bekannte scharfe Erklärung des Kreml provozierte, sind die beiden westlichen Großmächte gewissermaßen nun zur Diskussion zwingend aufgerufen worden. In England hatte man sich bisher, entsprechend wohl der sehr dezidierten Auffassung Churchills, daß nicht die Diskussion von Nachkriegsplänen, sondern die Durchsetzung des Sieges die Geister zu beherrschen hätte, mit einem Hinweis auf den britisch-russischen Bündnisvertrag vom 26. Mai 1942 begnügt, der es in seinem Art. 5 beiden Parteien zur Pflicht macht, die Interessen der „Vereinigten Nationen“ zu wahren in folgender Formulierung:

Art. 5.

„Die Hohen Vertragsschließenden Parteien sind unter Berücksichtigung der Interessen der Sicherheit jedes Staates übereingekommen, nach der Wiederherstellung des Friedens zum Zwecke der Organisation der Sicherheit und des wirtschaftlichen Aufbaus in Europa eng und freundschaftlich zusammenzuarbeiten. Sie werden bei der Verwirklichung dieser Ziele die Interessen der Vereinigten Nationen berücksichtigen und im Einklang handeln mit den zwei Prinzipien: nicht nach territorialen Erwerbungen für sich selbst zu streben und sich nicht in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten einzumischen.“

Außerdem war ja Rußland seinerzeit bekanntlich der Atlantik-Charta beigetreten und es hatte damit gewisse Verpflichtungen übernommen, welche im wesentlichen betreffen

den Verzicht auf Gewinn „territorialer oder anderer Natur“,
den Verzicht auf territoriale Veränderungen, „die nicht mit den frei zum Ausdruck gebrachten Wünschen der beteiligten Völker übereinstimmen“.

Damit gedachte man wohl in England gewisse Probleme einstweilen zumindest als zurückgestellt ansehen zu können, obwohl man sich gewiß nie im Zweifel war

darüber, daß sie eines Tages in voller Schärfe ihre Abklärung und, so oder so, ihre Lösung fordern würden. Indem Rußland, von dem „polnischen Zwischenfall“ abgesehen, schwieg und schweigt, hat es den Zwang zu dieser Abklärung für die anderen erst geschaffen. Mister Eden fuhr nach Washington.

„Zentrale Washington!“ Es ist klar, daß die Vereinigten Staaten diesmal die Fäden in der Hand behalten wollen, die ihr potentiell übergewichtig ihnen bereitlegte. Die Leih- und Pachtgesetzgebung sichert ihnen eine gewaltige Machtfülle; denn die U. S. A. sind in ihrem Rahmen, in weitem Vorprung auch vor den Engländern, zumindest heute durchaus die Gebenden, also diejenigen, auf die alle anderen, ohne Ausnahme, angewiesen sind. Nicht ohne Ursache ist denn auch das betreffende Grundgesetz sozusagen mit Einstimmigkeit für ein weiteres Jahr promulgiert worden, also zweifellos mit den Stimmen auch des isolationistischen Flügels der beiden Häuser des Kongresses. Fraglich ist dabei nur, inwieweit die Vereinigten Staaten geneigt sein werden, auch das Korrelat der Rechte, die diese Machtstellung ihnen zu geben vermag, zu übernehmen — nämlich die Verpflichtungen für die Nachkriegszeit. Hier besteht nach wie vor ein großes Fragezeichen. Es haben zwar kürzlich vier Mitglieder des Senates einen Vorstoß unternommen nach dieser Richtung, indem sie eine Resolution einbrachten, durch welche die aktive Anteilnahme der Vereinigten Staaten an dem Aufbau der Welt nach dem Kriege festgelegt werden soll. Allein es wagt heute niemand, diesem Schritte ein positives Ergebnis zuzusprechen — im Gegenteil: man ist eher wieder stiller geworden in den Kreisen der Sympathisanten (wohl um die Opposition nicht vorzeitig aus dem Busch zu klopfen), und das Verhalten des Präsidenten ist hiesfür recht bezeichnend — beinahe hätte er sich schon von dem verwegenen Schritte distanziert! Wie dem auch sei — das äußerst zarte Pflänzchen will vorläufig vor jedem Luftstoß behütet sein; es könnte ihm sonst ebenso leicht wie plötzlich sein junges Leben ausgehen. Die protestantischen Kirchen zwar haben, in indirekter Weise, mächtig sekundiert; aber es ist bestimmt am Platze, die weitere Entwicklung dieser neuralgischen Angelegenheit mit äußerster Zurückhaltung abzuwarten.

Ist demnach die aktive Anteilnahme der Vereinigten Staaten an den Verpflichtungen, welche die Nachkriegszeit den Völkern zuweisen wird, fraglich wie je, so werden dafür gewisse Ansprüche umso ungehemmter geltend gemacht. Hier stand beispielsweise die Zukunft der Kolonien, und vorab der britischen, zeitweise im Vordergrund. Besonders eifrige Vorstöße wollten diesem Problem, und in engem Zusammenhang damit auch der heiklen indischen Frage, schon mit der Perspektive einer kommenden „Weltorganisation“ zu nahe treten, deren Obhut die angeblich gefährdeten Objekte, mit deutlich amerikanischem Einschlag, anzuvertrauen wären. Nun hat aber Churchill gegenüber solchen Neigungen sein Veto unlängst mit derart unmißverständlicher Schärfe erhoben, daß die Diskussion darüber einstweilen verstummen mußte; sie ist gar soweit verstummt, daß es der britische Premier für überflüssig hielt, diese Angelegenheit in seiner Rundfunkrede vom 21. März auch nur zu erwähnen! Doch ist dies ja nur ein Bereich von vielen! Andere Pläne werden lebhaft weiter erwogen. Da wäre denn die Strömung festzustellen, welche die britischen Stützpunkte, die damals gegen die fünfzig Zerstörer abgetreten worden sind, im Rahmen eines kaum begrenzten, eher weltweiten Stützpunktsystems den U. S. A. für alle Zukunft zu sichern gedenkt, und es findet, wie man weiß, diese Strömung lebhafteste Unterstützung von autori-

tativer Seite. Neuerdings aber steht unter den künftigen amerikanischen Ansprüchen besonders das Problem des kommenden Luftverkehrs im Vordergrund. Hier hat die Abgeordnete des Kongresses, Clare Booth, unter der Parole „Freiheit der Luft“ in aller Offenheit, und weitgehend unterstützt von einer durchaus imperialistischen Gruppe, für die U. S. A. das ausschließliche Recht auf die Beherrschung der Luftwege in der Zeit nach dem Kriege proklamiert. Kein Wunder, daß der Vorstoß unter den Lufttreibern Englands bereits eine heftige Gegenbewegung ausgelöst hat; so wurde die britische Regierung dringend ersucht, ob des Kriegsbedarfs die Bereitstellung von Maschinen für den Zivilbedarf der Nachkriegszeit nicht zu übersehen, und es ist besonders pikant, daß neuerdings die initiative amerikanische Abgeordnete offenbar Anlaß sieht, sich darüber zu beklagen, England wehre sich in dieser Sache „auf Kosten Amerikas“, indem es nämlich amerikanische Leih- und Pachtlieferungen an Flugzeugen zu diesem Zwecke zurück- und bereithalte!

Man sieht also, zahlreiche — und nicht einflußlose — Amerikaner sind durchaus am Werk, aus der gegenwärtigen Machtstellung ihres Landes oder „ihres“ Kontinents Ansprüche und Rechte abzuleiten, unter denen vielseitige Perspektiven der Nachkriegszeit sich weitgehend bestimmen ließen, während anderseits jene anderen, zweifellos ebenfalls weitgespannten Kreise des Landes, denen die Probleme der Nachkriegszeit vor allem in Bezug auf die Verpflichtungen am Herzen liegen, die zur Erhaltung des Friedens weitgehend übernommen werden sollten, bisher nur schwer oder gar nicht durchzukommen vermögen. So liegt das Problem; und der Europäer fragt sich — je nach seinem eigenen heutigen Befinden mit Interesse oder mit Bangen! — was wohl aus seinem Kontinent in sich selbst, geschweige denn mit seiner früheren überseeischen Machtstellung — politisch und wirtschaftlich — werden soll, wenn die erste der amerikanischen Strömungen ganz, die zweite gar nicht zum Zuge kommen sollte? Allein es dürfte — so ist in diesem Falle zu hoffen — auch diesmal, wie meistens in den politischen Bereichen, am Ende jener Kompromiß resultieren, der zwar, seiner Natur nach, niemanden ganz, aber auch niemanden gar nicht zu befriedigen vermag.

Es ist unschwer zu vermuten, daß solche Probleme — also Abklärungen und Abgrenzungen machtpolitischer Natur zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten — weitgehend an, vielleicht mehr noch unter der Oberfläche ihr entscheidungsvolles Gewicht geltend machen bei den Verhandlungen, die Minister Eden in Washington zu führen hat. Es ist ja auch gar nicht verschwiegen worden, daß für die Behandlung der Nachkriegsfragen, die dort zur Beratung unter den Alliierten stehen, in erster Linie eine Verständigung zwischen den beiden Westmächten, der U. S. A. und Großbritannien, gefunden werden müsse. Überblickt man freilich die Verhandlungen unter den großen Alliierten im gesamten, so wird eine nüchterne Bewertung feststellen müssen, daß zwischen den vier Großmächten — U. S. A., Großbritannien, Rußland und China — tatsächlich beinahe unüberbrückbare Gegensätze der Interessen bestehen.

Für den Bereich der Verhandlungen in Washington sind heute, aus mannigfachen Gründen, die russischen Fragen weitgehend in den Vordergrund gerückt. Klar ist jedenfalls, daß die fernöstlichen Probleme — zumindest unter der Perspektive der Kriegführung — an die zweite Stelle gesetzt sind. Darüber ist ja in Casablanca Einigkeit zwischen den Westmächten erzielt worden. Ist aber die Kriegführung dort einstweilen zurückgestellt, so werden auch die Nach-

Kriegsfragen jenes Bereiches zu mindest des akuten Interesses zur Zeit entbehren müssen. Also stehen die europäischen Fragen im Vordergrund, und damit, im wesentlichen, die Ansprüche Rußlands.

„Ansprüche Rußlands?“ Es wird hie und da die Ansicht gehört, die alliierte Hilfe spiele eine wesentliche Rolle bei der Kriegführung der russischen Armeen, und ohne die massiven alliierten Lieferungen, die unter schweren Seeverlusten durchgesetzt wurden, wären die russischen Erfolge des bekannten Ausmaßes nicht möglich gewesen. Wir wissen darüber wenig. Tatsache aber ist jedenfalls, daß die russische Kriegführung, mit den schweren eigenen Blutopfern, mit dem geländemäßigen Hin und Her ihrer elastischen Strategie, mit ihrer gewaltigen Abnützung der Kriegsmacht des Reiches kriegsentscheidende Bedeutung sich gesichert hat. Die alliierten Völker erkennen das; und es bleibt auch den alliierten Regierungen nichts übrig, als dies ebenfalls zu erkennen und anzuerkennen. So konnte dem Vorstoß des Botschafters Standley in Moskau kaum mehr zukommen als propogandistische Wirkung; die Erwägung etwa eines eventuellen Entzuges weiterer alliierter Lieferungen an Rußland müßte aus Gründen der alliierten Gesamtstrategie sowohl wie aus psychologischen Gründen, wie die Dinge heute liegen, als ausgeschlossen betrachtet werden. Die russischen Ansprüche jedenfalls richten sich nach dem Gewicht, das sein Kriegsbeitrag für das alliierte Gesamtergebnis zweifellos hat und noch haben wird. Und dieses Gewicht ist kriegsentscheidend!

Welches aber sind nun die Ansprüche Rußlands? Man geht wohl kaum fehl in der Annahme, daß es die Grenzen von 1914 sind. Brest-Litowsk soll ausgelöscht werden aus der Geschichte. Russischerseits jedenfalls ist der britisch-russische Vertrag vom 26. Mai 1942 unter diesem — ausdrücklichen oder stillschweigenden? — Vorbehalt geschlossen, sodaß also die Wiederherstellung dieser Grenzen keine „territoriale Erwerbung“ im Sinne von Art. 5 dieses Vertrages, sondern eben eine „Wiederherstellung“ wäre. Man mag über solche Sophistik lächeln, man mag sie als zynisch bezeichnen; an den realen Dingen wäre damit nichts geändert. Rußland jedenfalls will seine Blutopfer nicht umsonst gebracht haben.

Oder will man diese Annahme als hypothetisch bezeichnen? Wir glauben kaum, daß man damit weit käme. Im wesentlichen liegen ja die Dinge klar: daß Rußland die baltischen Küsten wieder begehrt, ist wohl unbestritten, ebenso sind es seine Ansprüche auf Bessarabien und die Bukowina; gegenüber Finnland sind die Grenzen des Moskauer Vertrages vom 13. März 1940 ein Minimum, nicht ein Maximum, worüber jedenfalls bei dem Hauptbeteiligten, Finnland selbst, kein Zweifel besteht. Bleibt Polen.

Zwar sind die polnisch-russischen Beziehungen durch Vertrag geregelt; Rußland hat sein Interesse an der Wiedererrichtung des polnischen Staates bekundet. Aber die gemeinsamen Grenzen aber ist nichts festgelegt — und damit freilich ist der Fall, soweit die russischen Ansprüche in Frage stehen, bereits weitgehend entschieden. Rußland begehrt die Ukraine und ganz Weißrußland. Kaum hätte es der Ernennung eines Vorkämpfers der russischen Ukraine an eine hohe Stelle des Moskauer Auswärtigen Amtes bedurft, um dies klar zu machen. Polens Lage ist also äußerst prekär.

Unter all' diesen Umständen begreift man, wie notwendig die Verhandlungen von Washington nunmehr geworden sind. Welche Stellung aber

werden die Westmächte gegenüber den Ansprüchen Rußlands beziehen? Zuvor: wie weit werden sie unter sich selbst zu einer Verständigung gelangen? Roosevelt sieht sich gehemmt durch die innerpolitischen Rücksichten, die er in Bezug auf Fragen der Nachkriegsplanung überhaupt und grundsätzlich zu nehmen hat. Die Briten verfügen hier über eine andere, eine freiere Position. Man spürt dies an dem Ausmaß, welches die Diskussion der Probleme in England bereits angenommen hat — und an der Richtung, die sie einzuschlagen beginnt. War man 1919 vielleicht in Illusionen befangen — 1943 will man es nicht mehr sein! Man spricht deutlich und klar; man denkt realpolitisch. Am 10. März schreibt Prof. Carr in der „Times“:

„Rußland war, wie Deutschland, an den Friedensverhandlungen des letzten Krieges nicht beteiligt und die Folge hiervon bestand darin, daß ein Versuch unternommen wurde, östlich von Deutschland eine Sicherheit auf der Basis einer Kombination kleinerer Staaten unter dem Patronat der westlichen Mächte aufzubauen. Natürlich kann man für diejenigen, die im Jahre 1919 diesen kardinalen Fehler begingen, zahlreiche Entschuldigungen finden. Unentschuldigbar wäre es aber, wenn irgend jemand heute die Wiederholung dieser Politik unterstützen würde. Die bisherigen Ereignisse haben den schlagenden Beweis dafür erbracht, daß die Sicherheit in jenem Gebiet für keine Nation durch die Gruppierung kleinerer Länder mit der Unterstützung der Westmächte erreicht werden kann. Keine westliche Macht, wie stark sie auch sein mag, kann an der östlichen Flanke Deutschlands irgendwelchen Einfluß ausüben, wenn dies nicht in engster und offener Zusammenarbeit mit Rußland geschieht... Aus den gegenwärtigen Ereignissen ist klar ersichtlich, daß Rußland nach dem Kriege in der Lage sein wird, die Friedensverhandlungen in einer Weise zu beeinflussen, die seinen Ideen über die äußere Sicherheit gerecht wird...“

Churchill hat in seiner Ansprache vom 21. März solchen Gedanken nicht im geringsten widersprochen, vielmehr ebenfalls die enge Zusammenarbeit der Westmächte mit Rußland als unerläßlich bezeichnet. Von der Atlantik-Charta hat er in seiner Rede kein Wort gesagt. Vor den russischen Ansprüchen aber wird man dieser Zusammenarbeit eben einiges zu opfern haben. Von der Souveränität der kleinen Nationen sprach er eher zurückhaltend; er stellte dafür die Institution von Staatengruppen oder Staatenbünden in den Vordergrund. Es ist die Konzeption, die britischerseits bereits in den Fällen Jugoslawien = Griechenland und Polen = Tschechoslowakei gefördert wurde — im ersten Falle mit, im zweiten Falle dagegen, wie man neuerdings wieder deutlich vernimmt, ohne Erfolg. Sollte er geneigt sein, jenem Gedanken zu folgen, den Prof. Carr in seinem Buche über die „Bedingungen des wahren Friedens“ so formulierte, daß der Grundsatz des Selbstbestimmungsrechts lediglich auf Westeuropa angewendet werden, für Osteuropa aber zurückgestellt werden soll? Ähnliche Gedanken hat übrigens auch der belgische Außenminister, Spaak, ausgesprochen:

„Nach diesem Kriege“, so jagte er am 25. Februar 1943, „werden keine Nationen, mögen sie groß oder klein sein, in der Isolierung ihre Sicherheit und Wohlfahrt voll verbürgen können. Die absolute Souveränität

tät der Staaten, die wirtschaftliche Absonderung, die politische Neutralität sind heute veraltete Begriffe. . . . Das Ziel, dem wir nachstreben müssen, heißt: sich einigen, vielleicht zu einem Staatenbund, sicher aber, sich zu organisieren.“

Die „Times“ hat dieselben Gedanken dieser Tage ebenfalls formuliert — freilich nur soweit Osteuropa in Frage steht, während die Neutralität der iberischen Staaten und der Schweiz weiterhin als auch in der Neuordnung beifällig anerkannt wurde.

Man darf also wohl behaupten, daß über die britische Konzeption weitgehend Abklärung geschaffen worden ist, wenigstens im Grundsätzlichen. Wieweit die Ansprüche Rußlands im einzelnen anerkannt werden, steht freilich dahin. Diese Frage wird innerhalb des Blocks der alliierten Nationen letzten Endes machtpolitisch entschieden werden: ihre Beantwortung steht in engem Zusammenhang mit dem Problem der „Zweiten Front“ auf dem europäischen Kontinent, besser: mit dem Zeitpunkt, dem Ausmaß und dem Erfolg ihrer Errichtung. Ist indessen die Machtposition Rußlands heute jedenfalls britischerseits anerkannt, so entspräche diese Folgerung im Grunde nur Churchill's Einstellung, der Zeit seines Lebens ein Realpolitiker gewesen ist. Allein es ist andererseits unverkennbar, daß England diese Unterstützung der russischen Position nicht zuletzt auch aus taktischen Gründen betreibt; die britische Diplomatie bedient sich der russischen Ansprüche, um ihre eigene Verhandlungsposition gegenüber gewissen weitgehenden Kombinationen der amerikanischen Seite um die Zukunft des britischen Imperiums — wir haben sie erwähnt — zugleich angrißföiger und beweglicher zu gestalten. Ob dies ein gefährliches Spiel ist, werden die Engländer — Meister diplomatischer Verhandlungstechnik und hier den Amerikanern bestimmt überlegen — schon selber wissen.

Soweit die durch bekannte Gründe bedingte Zurückhaltung der Staatsmänner der U. S. A. gegenüber diesen europäischen Nachkriegsfragen Festlegungen überhaupt zuläßt, hat sie wohl der amerikanische Vizepräsident Wallace in seiner bekannten Rede vom 8. März dieses Jahres vorgenommen. Abgesehen von den etwas fantastischen Plänen in Bezug auf die Nachkriegspolitik gegenüber Deutschland — es soll aus naheliegenden Gründen darauf nicht eingegangen werden, obwohl einiges dazu gesagt werden könnte —, und soweit rein realpolitische Konzeptionen der höchstbeschwingten Rede überhaupt zu entnehmen sind, hat er nicht allein einer Verständigung mit Rußland das Wort geredet, sondern darüber hinaus eindringlich die Perspektive einer deutsch-russischen Kombination beleuchtet für den Fall, daß man mit Rußland nicht zur Einigung käme; hier befindet er sich durchaus im Gleichschritt mit Prof. Carr, der diese russische Ausweichmöglichkeit in dem erwähnten Aufsatz in der „Times“ also beschworen hatte:

„Die bloße Drohung einer Intervention seitens der Westmächte führte zum Vertrag von Rapallo im Jahre 1922, genau wie das franco-britische Garantieverprechen an Polen, das ohne das Einverständnis Rußlands, ja selbst ohne jede Fühlungnahme mit ihm im Jahre 1939 gegeben wurde, zum deutsch-russischen Vertrag vom August jenes schicksalschweren Jahres führte.“

Allein der amerikanische Vizepräsident setzt freilich über und vor alles andere eine Bedingung, von der nichts abzuhandeln ist, und die er so formuliert, daß Rußland

„nicht zu der Idee Trozkis zurückkehrt, in der ganzen Welt revolutionäre Bewegungen verbreiten zu wollen.“

Oder wäre das nur ein frommer Wunsch? Wir glauben es nicht. Es verbirgt sich dahinter, soweit die angelsächsischen Mächte in Frage stehen, eine letzten Endes überhaupt entscheidende Richtlinie, ein „sine qua non“, das von diesen Ländern im ureigensten Interesse ihres eigenen Bestandes niemals preisgegeben werden kann noch preisgegeben wird. Wird Stalin, wie man gelegentlich behaupten hört, von sich aus dieser alten revolutionären Richtlinie entsagen, wenn den historischen Ansprüchen der russischen Machtpolitik im wesentlichen entsprochen wird? Auch diese Frage findet ihre Antwort in letzter Linie in der Entwicklung des machtpolitischen Gefalles, und in dem Ausmaß an militärischer Entscheidungsmacht, über das die Partner am Ende des Krieges — und zwar jeder für sich — zu verfügen in der Lage sind.

Zürich, den 26. März 1943.

Jann v. Sprecher.

Kulturelle Umschau

Paul Burkhard: „Casanova in der Schweiz“.

(Stadtheater Zürich.)

Ein „Abenteuer“ nennt der Textdichter diese Oper. Aber der Tondichter faßt die Sache keineswegs abenteuerhaft auf — das heißt mit beschwingter, angenehm frivoler Leichtigkeit, sondern er läßt sich und Casanova mit Gründlichkeit in die Ab- und Hintergründe des Abenteurers hineinfallen: in die „Liebe“ nach ihrer gewichtigsten und moralischsten Form. (Im „Don Juan“ blitzte ihre Dämonie nur so verschleiert auf, daß die Ausleger bis heute herurrätseln, wieviel Ernst man da suchen dürfe.) Dieser Casanova hier ist ein wahrer Schwergewichtsmeister der Liebe, welcher seine einwöchigen Amouren mit dem ganzen Apparat deutscher lyrisch-tragischer Gemütsbeteiligung abwickelt und dann immer wieder so im Innersten gebrochen über die Bühne wankt, daß nur die tiefsten Töne des Fagotts eben noch mitkommen. Man kann aber auch nicht sagen, daß hier die Musik dem Text Gewalt antue. Die Dichtung stellt ihr den herkömmlichen tenorhaften Libretto-Edelsinn ohne Kargheit zur Verfügung, und dieser Casanova enthüllt sich immer wieder auch monologisch als ein himmelblauer, gänzlich unabenteuerlicher Schwärmer, „O tiefe Nacht! / Kein Licht entweicht dich mehr. / Und lodern soll allein die Flamme / dort oben auf dem Altar meiner Liebe!“ — Wen würde dies nicht packen?

Aber warum dann die Unbeständigkeit in Liebesdingen? Auch das findet seine hochmoralische Aufklärung. Wenn Casanova fröhlich die Gegenwart genießt — so kommt plötzlich, Kind, eine Bangigkeit über sein Herz! (Uns ist diese Bangigkeit nicht so plötzlich — wir kennen sie gut von den Helden Byrons und Puschkins her.) Die schreckt ihn dann auf, läßt ihn den Diener wecken. Die Koffer gepackt! — Seine Geliebte des letzten Aktes antwortet „innig“: „Wo du bist, bin auch ich zu Hause / Mag alles wechseln und vergehen — / wir haben doch unsere Liebe! / ... Und